

Frauen und die Revolution von 1918 in Kaiserslautern.

Forschung des LK Geschichte auf ein unbeleuchtetes

Kapitel der Stadtgeschichte

Die Novemberrevolution 1918 brachte auch für die Frauen Kaiserslauterns bedeutsame Veränderungen. Die Einführung des Wahlrechts war in politischer Hinsicht die bedeutsamste. Fortan waren sie Wählerinnen wie Kandidatinnen für politische Ämter. Die zeitgenössische Presse nahm diese Gruppe jedoch nur sehr zögerlich zur Kenntnis. Auch die erhaltene Wahlwerbung geht nur ganz gering und staunenswert stereotyp auf angestammte Rollen rekurrend auf die neue Wählerinnengruppe ein. Berichte, die die neu entstandene Situation mit der fast verdoppelten Anzahl an Wähler_innen, die politische Einstellungen oder Tätigkeiten der Frauen reflektieren, finden sich nicht. Erstaunlich, denn in Kaiserslautern bildeten die Frauen im Vergleich zu den Männern zunächst die größere Gruppe Wahlberechtigter. Fünf Frauen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Milieus traten zu den Stadtratswahlen 1920 an; vier wurden gewählt. Damit hatte der erste Stadtrat unter Frauenbeteiligung 1920-1924 nahezu 10 % Frauenanteil. Bis auf eine waren die ersten vier Stadträtinnen alle berufstätig. Viele hatten so neben der Not der Nachkriegsjahre die Mehrfachbelastung aus Arbeit, Familie und Politik zu bewältigen. Die Stadträtinnen wurden vom Oberbürgermeister weder zur Eröffnung des ersten Parlaments unter Frauenbeteiligung speziell begrüßt, noch am Ende der Wahlperiode 1924 eine Würdigung ihrer Arbeit vorgenommen. Die wenigen vorhandenen Presseäußerungen zu den Stadträtinnen, die nur am Rande vorkommen, haben despektierlichen Charakter und zweifeln an der Eignung von Frauen für Politik. Angesichts der Tatsache, dass eine der Stadträtinnen im Parteivorstand auf Kreisebene der Pfalz war und als Mitglied des Gemeinderatswahlausschuss sogar Wahlen mit-organisiert hatte, eine andere zeitgenössisch in fünf Ausschüssen mitarbeitete, zeigt dies u.a. eine große Ignoranz der männlich dominierten politischen Öffentlichkeit in Parlament und Presse. Die Frauen Kaiserslauterns reagierten anders. Sie nahmen ihre Rolle als politisch Aktive zunehmend an. Bei der zweiten Wahl 1924 traten bereits 14 Kandidatinnen an, eine Zunahme von 140 %. In der NS-Zeit erfuhren viele Stadträtinnen enorme Konsequenzen ihres politischen Engagements.

Drei der vier damals noch lebenden ehemalige Stadträtinnen der Weimarer Republik bzw. deren Familie wurden speziell wegen ihres politischen Engagements Opfer der NS-Diktatur. Eine verstarb. Bei den beiden anderen wurde nach dem Krieg die Verfolgung während der NS-Zeit auch mit ihrer Arbeit als Stadträtin für die SPD begründet. Der Stadtrat anerkannte dies mit einstimmigem Votum. Der Nachkriegs-Stadtrat hatte also sehr ausführlich Kenntnis von ihrem Engagement und ihrem Schicksal. Doch keine der Frauen, die persönlich oder deren Familien NS-Opfer wurden, haben je eine Würdigung ihres Engagements für die Gemeinde erfahren. Nur einer der fünf Stadträtinnen der Weimarer Republik wurde nach ihrem Tod seitens der Stadtverwaltung Kaiserslautern – soweit momentan bekannt – überhaupt gedacht.

Das Projekt des LK Geschichte zur den Frauen in der Revolution von 1918 in Kaiserslautern und seine bisherige Resonanz

Seit 2016 haben Lena Kreis, Jule Schürmann und Julia Weinberg zusammen mit ihrem Kursleiter Dr. Christian Könné diese Geschichte erforscht und im September 2018 am Institut für Pfälzische Geschichte und Volkskunde vorgestellt (vgl. Jahresbericht HSG 2017/18, S. 53f.). Inzwischen wurden auch genauere Ergebnisse zu den Wohnorten der Frauen von Moritz Sattler und weitere Hintergrundrecherchen zu einzelnen Biografien in der Erinnerungsliteratur von Niklas Stoeck ermittelt.

Die Arbeit des Kurses fand bisher bereits bei der Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der Parteien, der Humboldt-Universität (beide Berlin), der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie der Volkshochschule Kaiserslautern und dem SWR Studio Kaiserslautern Beachtung und positiven Rückmeldungen. Der SWR hat am 12. November 2018 einen Beitrag zum Projekt übertragen.

Mit der Plakatausstellung und dem Vortrag zur Geschichte der Frauen in der Revolution in Kaiserslautern und der Geschichte der Stadträtinnen in der Weimarer Republik will die Arbeitsgruppe des LK Geschichte MSS 13 die Rolle der Frauen in Kaiserslautern beleuchten sowie diese Pionierinnen der Demokratie in Kaiserslautern angesichts des 100. Jahrestags der Novemberrevolution und der Einführung des Frauenwahlrechts würdigen.

Angesichts dieser Resultate hat die Stadtverwaltung die Namen der ersten vier Stadträtinnen inzwischen auf die Liste derjenigen Personen gesetzt, nach denen künftig eine Straße benannt werden kann.

2018 ist das „Geschlechterverhältnis“ bei der Benennung von Straßen und Plätzen in Kaiserslautern wie folgt:

Plätze, die nach Männern benannt sind: 16

Plätze, die nach Frauen benannt sind: 1

Straßen, die nach Männern benannt sind: 227

Straßen, die nach Frauen benannt sind: 22

Sonstige Bezeichnungen: 675

Gesamtzahl „amtlicher“ Benennungen: 941

Sollten Sie etwas über die Geschichte einer der Stadträtinnen wissen, melden Sie sich gerne im HSG oder beim Stadtarchiv Kaiserslautern. Wir suchen weiter nach Informationen zum Leben und Schaffen dieser Frauen.

Lena Kreis, Moritz Sattler, Jule Schürmann, Niklas Stoeck, Julia Weinberg und Dr. Christian Könné

Quellen, aus denen die Informationen der Ausstellung und des Vortrags stammen

Adressbücher
Erinnerungsliteratur
Fotografien der Wohnhäuser im heutigen Zustand / Hist. Aufnahme des Gefängnisses in Bruchsal
Geburtseinträge
Gestapo-Akten
Gefängnis-Akten der „Weiberhaftanstalt“ Bruchsal
Melderegistereinträge
Unterlagen zur Vorbereitung und Durchführung der Wahlen
Unterlagen zur Entnazifizierung
Personalakten
Sekundärliteratur zur Frauenbewegung / zum Frauenwahlrecht
Stadtratsprotokolle
Toterklärungen
Wahlplakate
Zeitgenössische Presse / Nachrufe

Archive und Bibliotheken, die wir angefragt haben bzw. aus denen wir die Informationen zusammengetragen haben

Stadtarchive

Aschaffenburg
Alpirsbach
Bruchsal
Frankenthal
Kaiserslautern

Archiv der Bau AG Kaiserslautern

Archive politischer Parteien

Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD)
Archiv der Friedrich-Naumann-Stiftung (FDP)
Archiv der Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU)

Landesarchive

Generallandesarchiv Karlsruhe
Landesarchiv Berlin
Landesarchiv Speyer

Bibliotheken

Pfalzbibliotheken
Pfälzische Landesbibliothek

Kirchenarchive in Kaiserslautern

Archiv der Martinsgemeinde
Kaiserslautern
Archiv der Apostelkirche Speyer

Danksagung

- Für ihre besonders engagierte Unterstützung unseres Projekts danken wir an dieser Stelle:
- Mario Aulenbacher, Dr. Bernd Klesmann, Monika Wenz und Michaela Willomitzer vom Stadtarchiv Kaiserslautern
- Thomas Moos vom Stadtarchiv Bruchsal und Dr. Martin Stingl vom Generallandesarchiv Karlsruhe – für die Arbeit bei den Recherchen sowie
- Frau Dr. Sabine Klapp und Barbara Schuttpelz vom Institut für Pfälzische Geschichte und Volkskunde Kaiserslautern für das Angebot, unsere Ergebnisse dort im Rahmen der wissenschaftlichen Vortragsreihe präsentieren zu können.
- Auch den übrigen Personen, die unser Projekt unterstützt haben, gilt unser Dank!

Der Rat der Volksbeauftragten veröffentlicht folgenden Aufruf

An das deutsche Volk!

Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Meinung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie verkündet schon jetzt mit Gesetzeskraft folgendes:

1. Der Belagerungsstand wird aufgehoben.
2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.
3. Eine Zensur findet nicht statt. Die Theaterzensur wird aufgehoben.
4. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.
5. Die Freiheit der Religionsübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.
6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen.
7. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen.
8. Die Gefindeordnungen werden außer Kraft gesetzt. Ebenso die Ausnahme-gesetze gegen die Landarbeiter.
9. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt.

Weitere sozialpolitische Verordnungen werden binnen kurzem veröffentlicht werden, spätestens am 1. Januar 1919 wird der achtlündige Maximalarbeitszeit in Kraft treten. Die Regierung wird alles tun, um für ausreichende Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Eine Verordnung über die Unterstützung von Erwerbslosen ist fertiggestellt. Sie verteilt die Lasten auf Reich, Staat und Gemeinde.

Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wird die Versicherungspflicht über die bisherige Grenze von 2500 Mark ausgedehnt werden. -- Die Wohnungsnot wird durch Bereitstellungen von Wohnungen bekämpft werden. Auf die Sicherung einer gerechten Volksernährung wird hingearbeitet werden. Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen. Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen. -- Auch für die

konstituierende Versammlung,

über die nähere Bestimmung noch erfolgen wird, gilt dieses Wahlrecht.

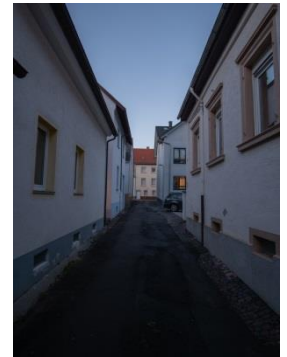
Berlin, den 12. November 1918.

Ebert Haase Scheidemann Landsberg Dittmann Barth

Biografie Stadträtin Elise Hertel



Bestand Stadtarchiv Kaiserslautern



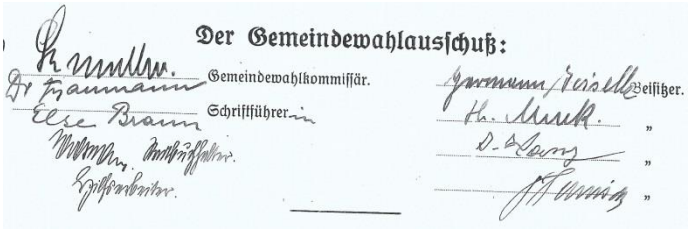
Wohnort: Weidenstraße 1

Elise, eigentlich Elisabetha, Hertel, wurde am 11. April 1891 mit dem Geburtsnamen Dietrich in Kaiserslautern geboren. Seit 1910 oder 1911, wie die Quellen widersprüchlich angeben, war Elise mit August Hertel, einem Straßenbahnschaffner, verheiratet und wurde meist als Frau Hertel, in einem Formular sogar als Frau Hertel-Dietrich aufgeführt – eine ungewöhnliche Tatsache für eine Frau in dieser Zeit. Die Familie lebte in der Weidenstraße 1.

Sie arbeitete 1918 bei der Stadtverwaltung Kaiserslautern zunächst in der Milchabgabestelle, dann als Fürsorgerin. Als Kassiererin, wie sie bei den Wahlen in den entsprechenden Listen auftaucht, ist sie in der weiteren Überlieferung nicht zu finden. Sie war 1920-24 und dann als Nachrückerin offenbar auch in der Periode 1925-1929 Stadträtin Kaiserslauterns und für die USDP später SPD im Stadtrat. Frau Hertel war 1920 in der Hospitalkommission und auch im Schulausschuss. Sie wurde als sehr tüchtig und schnell von der Auffassungsgabe her bezeichnet.

1931 wollte die DNVP Frauen aus sog. Doppelverdienerhaushalten aus dem Beruf entlassen, um Männern neue Arbeitsplätze anzubieten. Frau Hertel wurde dabei konkret als „Fall“ im Stadtrat angesprochen, konnte diesem Schicksal jedoch entgehen, da ihr Ehemann zuvor aus seiner Stelle entlassen wurde und sie die sechsköpfige Familie alleine ernähren musste. 1934 wurde Frau Hertel dann aber doch aus dem Anstellungsverhältnis der Stadt Kaiserslautern entlassen, nun jedoch, weil sie SPD-Mitglied war. Es findet sich das Denunziationsschreiben einer Frau aus Kaiserslautern, in dem diese alle ihr bekannten SPD-Mitglieder, die bei der Stadtverwaltung Kaiserslautern arbeiteten, nennt. Frau Hertel war darunter. Es ist nicht bekannt, wie Frau Hertel finanziell ohne Beruf und mit dem Mann als Soldat im Krieg in der NS-Zeit lebte. Ihr Ehemann war 1946 noch in Stalingrad vermisst. Sie selbst trat, trotz der vorigen Schwierigkeiten 1946 sofort wieder in die SPD ein. Elise Hertel stellte einen Antrag auf Entschädigung als NS-Verfolgte und konnte problemlos beweisen, dass sie keinerlei Beziehung zum politischen System des Nationalsozialismus hatte. Jedoch sagte man ihr 1947, dass sie keinerlei besondere Zuwendungen zu erwarten habe, da sie weder im Gefängnis, noch im Konzentrationslager inhaftiert war. Am 22. November 1951 wurde Frau Hertel einstimmig vom Stadtrat eine finanzielle als anerkanntes NS-Opfer zugesprochen. Am 3. Januar 1982 starb Frau Hertel in Grünstadt. Die Beisetzung fand auf ihren Wunsch hin im engsten Familienkreis statt. Die Todesanzeige ihrer Familie erschien erst um einiges später am 27. Januar 1982. Ein Nachruf der Stadt Kaiserslautern für ihre ehemalige Stadträtin findet sich nicht.

Biografie Stadträtin Else Braun



Bestand Stadtarchiv Kaiserslautern



Wohnort: Ottostraße 20

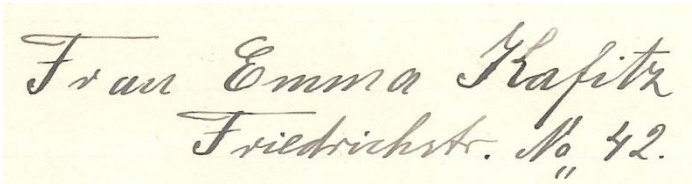
Else Braun wurde am 19. Februar 1875 in Kaiserslautern geboren und verlor mit 16 Jahren ihre Eltern. Sie verbrachte zehn Jahre in Rumänien und England, wo sie als Erzieherin tätig war und die dortigen Sprachen erlernte. 1908 legte sie als erste Frau in der Pfalz das Examen zur Lehrerin mit der bestmöglichen Note ab. Else Braun heiratete nie. Sie lebte in der Ottostraße 20.

Nach ihrer Rückkehr aus dem Ausland und ihrem Lehrerinnenexamen arbeitete sie an der Höheren Weiblichen Bildungsanstalt in Kaiserslautern (Burg-Gymnasium), wo sie von Kollegen und Kolleginnen wie Schülerinnen gleichermaßen als „anregende, erfolgreiche, [...] gegenwartsbewußte [und] sozial empfindende“ Frau geachtet wurde. Von ihren Kollegen wurde sie insbesondere für ihre „feste, humorvolle Meinungsäußerung“ geschätzt. Sie unterrichtete Evangelische Religion, Deutsch, Mathematik und Naturgeschichte.

Else Braun war für die DDP (Deutsche Demokratische Partei) in der Wahlperiode 1919-1924 im Stadtrat Kaiserslauterns. Doch nicht nur das. Sie war auch Mitglied im Gremium, das die ersten Wahlen in der Demokratie in Kaiserslautern organisierte und darüber hinaus dritte Regionalvorsitzende der DDP im Bezirk Pfalz. Damit ist sie die politisch mit Abstand erfolgreichste und bedeutendste Frau Kaiserslauterns in jenen Jahren. 1926 musste sie krankheitsbedingt eine Pause von ihrem Beruf als Lehrerin einlegen. Trotz ihrer angeschlagenen Gesundheit war sie bis kurz vor ihrem Tod die dritte Vorsitzende der DDP auf pfälzischer Landesebene, was ihre hohe Reputation als Politikerin bestätigt. Im Dezember 1928 starb Else Braun im Alter von 53 Jahren an den Folgen eines „Schlags“. Ihr war weniger als ein Jahrzehnt aktive politische Mitgestaltung gegönnt, in dem sie sich für ihre Überzeugungen und die „staatsbürgerlichen Aufgaben der Frau“ einsetzte. Es wurden drei Todesanzeigen für sie aufgegeben: eine der Familie, eine der Partei und eine der Schule.

Ihre Brüder Ludwig, Heinrich und Adolf gaben die Traueranzeige der Familie auf, auf der bemerkenswerter Weise auch Luise Rüdiger aus Alpirsbach genannt wird, eine Frau, die nicht verwandt war. Else Braun hatte vor ihrem Tod geplant, in den Weihnachtsferien in „ihren geliebten Schwarzwald“ zu fahren. Da Alpirsbach im Schwarzwald liegt, liegt nahe, dass sie Luise Rüdiger besuchen wollte, wie sie dies bereits zuvor oft getan hatte und insbesondere Feiertage mit Luise Rüdiger verbringen wollte. Frau Rüdiger selbst war – typisch für wohlhabende, bürgerliche Frauen – verheiratet und nicht berufstätig. Schließlich war es ebenfallas Luise Rüdiger – und nicht die Brüder – die die Danksagung für die Beileidsbekundungen und Anteilnahmen am Tod Else Brauns aufgab. Diese Umstände vermuten, dass Luise Rüdiger und Else Braun Liebhaberinnen waren.

Biografie Stadträtin Emma Kafitz



Frau Emma Kafitz
Friedrichstr. No. 42.

Bestand Stadtarchiv Kaiserslautern

Emma Kafitz, geb. Müller, * 13.11.1889 in Frankenthal; † 24.7.1938 Bruchsal, Kanalstraße 43, KassiererIn. Stadträtin 1920-1924, USPD. Sie war mit Karl Kafitz, Tagner, später Hausmeister verheiratet. Im Mai 1938 wurde Frau Kafitz im Rahmen einer Gestapo Aktion gegen Personen, die im Verdacht standen, Abtreibungen vorgenommen zu haben, zusammen mit 42 anderen verhaftet. Einen Abort hatte Frau Kafitz bei der Frau eines damaligen NSKK-Gruppenführers in Kaiserslautern eingeleitet, die eine Affäre mit einem anderen Mann gehabt hatte. Während die Gestapo überlegte, „an die Staatsanwaltschaft heranzutreten, um Frau [...] im Interesse des Ansehens der [NS-]Bewegung [...] aus dem Verfahren herauszuziehen“, wurde Frau Kafitz, die den Abort auf Wunsch dieser Frau zur Vertuschung dieses Teils ihrer Affäre eingeleitet hatte, nach Bruchsal in die NS-„Weiberhaftanstalt“ verbracht. Sollte ihr möglichst von Kaiserslautern entfernt der Prozess gemacht werden? Am 24. Juli 1938 beging Frau Kafitz in der NS-„Weiberhaftanstalt“ Bruchsal lt. Akteneintrag „Suizid durch Erhängen“. Ihr Mann lebte bis in die 1950er Jahre in Kaiserslautern, dann Mehlingen. Wenig überraschender Weise findet sich in der NS-Zeit kein Nachruf der Stadtverwaltung auf die ehemalige Stadträtin Emma Kafitz.

Von Dr. Christian Köhne



Wohnort: Kanalstraße 43

Biografie Stadträtin Katharina Lang

Katharina Lang, geb. Stutzenberger, * 23.10.1881 Kaiserslautern, † 8.5.1959 ebd., Spitalstraße 74, ohne Beruf. Stadträtin 1924 bis zur NS-Diktatur, SPD. Sie war mit Otto Lang, Straßenobermeister, verheiratet. Frau Lang wurde 1x wiedergewählt. Ihr Mann wurde aufgrund seiner SPD-Mitgliedschaft in der NS-Zeit bei Verlust von Bezügen aus dem Dienst der Stadt Kaiserslautern entfernt. Grundlage bildete das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“. Das Ehepaar verließ Kaiserslautern 1934 in die USA, kehrte jedoch 1936 zurück. 1937 finden sich Hinweise, dass das Paar Papiere mit dem Ziel der dauerhaften Auswanderung in die USA beantragte, die von den NS-Behörden nicht gewährt wurden.

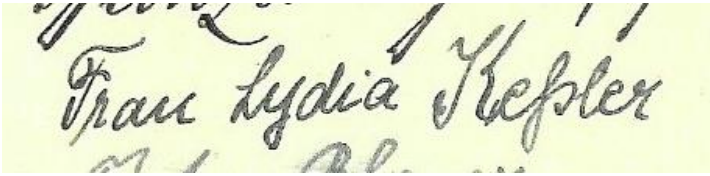
Während der wohl zwangsweise in Kaiserslautern verbrachten Jahre der NS-Zeit unterstützte Katharina Lang den NS-Widerstand gegen das Regime in Kaiserslautern aktiv, indem sie durch ihre Mithilfe in der Arbeiterwohlfahrt „vielen Familien während der Inhaftierung des Ernährers oft wirksam helfen“ konnte. 1951 wurde Herr Lang vom Kaiserslauterer Stadtrat einstimmig als Opfer des NS-Regimes anerkannt. Bei der Darlegung der Gründe für die Verfolgung wurde explizit auch auf seine Frau als SPD-Stadträtin verwiesen. Herr Lang wurde entschädigt und wieder eingestellt. Für Frau Lang findet sich kein Nachruf der Stadtverwaltung Kaiserslauterns.

Von Dr. Christian Könné



Wohnort: Spitalstraße 74

Biografie Stadträtin Lydia Keßler



Bestand Stadtarchiv Kaiserslautern

Lydia Keßler wurde 1874 als Lydia Eckert in Aschaffenburg geboren, heiratete später den Oberlehrer und langjährigen Organisten der St. Martinskirche Johannes Keßler und brachte sechs Söhne zur Welt. Die Familie lebte in der Mannheimerstraße 18a.

Wie für bürgerliche Frauen zu dieser Zeit typisch, war sie nicht berufstätig. Ihr Mann verstarb 1927. Frau Keßler war in der Zentrumspartei aktiv und vertrat diese von 1920 bis zur NS-Zeit ununterbrochen im Stadtrat. Frau Keßler ist damit die am längsten aktive Stadträtin Kaiserslauterns in der Weimarer Republik. Sie war seit 1920 in zahlreichen Ausschüssen und Kommissionen tätig, wie der Wohnungs-, Gesundheits- und Ernährungskommission, dem Armenrat und dem Schul- und Verwaltungsausschuss für Kindergärten und Krippen. Aus bisher noch ungeklärter Ursache zog Frau Keßler nach dem Zweiten Weltkrieg nach West-Berlin, wo sie 1953 im Alter von 79 Jahren starb. Sie ist die einzige Stadträtin der Weimarer Republik, für die sich ein Nachruf anlässlich ihres Todes durch die Stadtverwaltung findet.

Von Lena Kreis



Wohnort: Mannheimerstraße 18a

NS „Weiberhaftanstalt“ Bruchsal



Der Flügel, in dem die Frauen untergebracht waren, befindet sich in der Bildmitte nach rechts gehend vor den im Hintergrund zu sehenden Kirchturmspitzen.
(Bestand Stadtarchiv Bruchsal, Bilddatenbank)